

Interview mit Marina Carobbio, Präsidentin Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS-CPA)

## «Die Schweiz ist gegenwärtig kein Pionierland in der Drogenpolitik mehr»

**Als Informationsplattform zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Berufsverbänden wacht die NAS-CPA darüber, dass die Debatte über Suchtfragen nicht durch ideologische und extremistische Standpunkte vollständig polariert wird. Sie hat vor Kurzem ein grundsätzliches Positionspapier «Marktregulierung in der Drogenpolitik» verabschiedet. Interview mit der Präsidentin der NAS-CPA, Nationalrätin Marina Carobbio.**

*Die Schweiz war ein Pionierland in Sachen Drogenpolitik; ist sie es noch immer?*

**Marina Carobbio:** Die Schweizer Politik hat die Stärke, dass sie immer wieder Konzepte aufnimmt, die sich in der Praxis, im Lokalen bewährt haben (wenn auch mit einer grossen Zeitverzögerung), das war auch bei der gesetzlichen Verankerung der Vier-Säulen-Politik mit Massnahmen der Schadensminderung so. Dieses System hat es der Schweiz damals ermöglicht, avantgardistisch in der internationalen Suchtpolitik zu sein. Derzeit ist sie das nicht. Dank der Vier-Säulen-Politik haben wir zwar heute keine offenen Drogenszenen mehr. Aber andere zentrale Probleme bleiben mit der heutigen Verbotspolitik ungelöst. Deswegen sind die Initiativen der Städte für Pilotprojekte, die Alternativen zum Verbot von Cannabis in der Praxis für eine bestimmte Zeit prüfen wollen, der richtige Weg.

*Wo steht die Schweiz aktuell hinsichtlich Reglementierung illegaler Betäubungsmittel?*

Ausgehend vom geltenden Betäubungsmittelgesetz ist die Schweiz zwischen dem staatlichen Verbot und der Entkriminalisierung anzusiedeln. Der Konsum von Betäubungsmitteln ist in der Schweiz grundsätzlich verboten. Mit dem Ordnungsbussenverfahren kann Cannabiskonsum anstelle einer Verzeigung bei Erwachsenen aber mit einer Ordnungsbusse (100 Franken) bestraft werden, sofern die geringfügige Menge von 10 Gramm nicht überschritten wird. Der Besitz von Betäubungsmitteln ist ebenfalls grundsätzlich verboten, es gibt allerdings entkriminalisierende Regelungen: Wer nur eine geringfügige Menge eines Betäu-

bungsmittels für den Eigenkonsum besitzt oder diese zur Ermöglichung des gleichzeitigen und gemeinsamen Konsums einer über 18-jährigen Person abgibt, macht sich nicht strafbar. Der Anbau bzw. die Herstellung von sowie der Handel (inkl. Import) mit Betäubungsmitteln sind grundsätzlich verboten (der Bund kann Ausnahmegewilligungen für die wissenschaftliche Forschung, die Arzneimittelentwicklung oder die beschränkte medizinische Anwendung erteilen).

*Was veranlasste die NAS-CPA, ein Papier zur «Grundposition Marktregulierung in der Drogenpolitik» zu publizieren?*

Da gibt es mehrere Aspekte auf der nationalen und der internationalen Ebene, die uns dazu bewogen haben. Auf der internationalen Ebene haben wir beobachtet, dass sich immer mehr die Er-



Marina Carobbio: «Durch staatliche Verkaufsmonopole erhalten die Profiteure des Schwarzmarkts weniger Einnahmen, stattdessen können Steuereinnahmen generiert werden».

© www.parlament.ch

kenntnis durchsetzt, dass der «Krieg gegen die Drogen» nicht zu gewinnen ist, die Verbotspolitik an ihre Grenzen kommt und einige Länder andere Wege in der

### Im Kampf gegen die Sucht: die Rolle des Apothekers

Wie können die Schweizer Apotheker die Viersäulenpolitik des Bundes, besonders in den Bereichen «Prävention», «Therapie» und «Schadensminderung» noch effizienter unterstützen? Antwort der Präsidentin der NAS-CPA:

«Im Sinne der Prävention können die Apothekerinnen und Apotheker aufmerksam für das Kaufverhalten ihrer Kundinnen und Kunden sein, um eventuell problematischen Konsum z. B. von alkoholhaltigen Hustensäften oder Schmerz- und Schlafmitteln zu erkennen. Auch bei der Abgabe von Substanzen im Rahmen von Substitutionsbehandlungen (z. B. Methadon) ist Aufmerksamkeit für den Gesundheitszustand und das Konsumverhalten der Empfängerinnen und Empfänger gefragt. Im Rahmen der erweiterten Meldebefugnis (Art. 3c des revidierten Betäubungsmittelgesetzes) können auch Mitarbeitende von Apotheken den zuständigen Behandlungs- oder Sozialhilfestellen Fälle von vorliegenden oder drohenden suchtbedingten Störungen melden, wenn sie diese bei Kundinnen und Kunden feststellen. Insgesamt können die Mitarbeitenden der Apotheken und ihre Fachverbände einen Beitrag dazu leisten, dass gesellschaftlich und fachlich breit abgestützte Konzepte und Lösungen für Suchtthematiken gefunden werden, indem sie verbandsintern über suchtpolitische Fragestellungen diskutieren, die auch die Apotheken betreffen. Auf dieser Basis können sie ihre Fachkenntnisse z. B. zu pharmakologischen Aspekten von Suchtfragen in den politischen Prozess einbringen, z. B. im Rahmen von Dachverbänden wie der NAS-CPA, über die Teilnahme an Vernehmlassungen, etc. In Verbandspublikationen kann Sucht(-politik) thematisiert und Apothekerinnen und Apotheker für diese Themen sensibilisiert werden, wie z. B. mit diesem Interview.»

14 Regulierung von psychotropen Substanzen gehen (im Falle von Cannabis z.B. Spanien mit den Konsumationsclubs und die US-Bundesstaaten Washington und Colorado mit Modellen für regulierten Anbau und Handel). In der Schweiz beleuchten der Bericht und das Leitbild «Herausforderung Sucht» von 2010 zwar umfassend die aktuelle Situation in den Säulen «Prävention» und «Schadensminderung», praktisch gar nicht aber die Säule «Marktregulierung und Repression». Diese Lücke wollten wir mit unserer Grundposition schliessen, weil es, wie oben schon angesprochen, auch in der Schweiz noch Herausforderungen gibt, die durch die heutige Verbotspolitik nicht gelöst werden. Natürlich, wir haben in der Schweiz zum Glück keine blutigen Kriege zwischen Drogenkartellen. Aber der Strassenhandel ist allgegenwärtig. Die Durchsetzung der Verbotspolitik kostet Polizei und Justiz viele Ressourcen. Wenn erwachsene Cannabiskonsumierende gebüsst oder Strassendealer gejagt werden, bündelt das Kräfte, die dann z.B. beim Jugendschutz fehlen. Wir haben eine ungebrochene Nachfrage nach psychoaktiven Substanzen, für die der Legal- oder Illegalstatus keine Rolle spielt. Konsumierende erleiden wegen der Beimischung von Streckmitteln oder einem schwankenden Wirkstoffgehalt langfristige gesundheitliche Schäden. Wir haben einen mächtigen Schwarzmarkt, in den der Staat kaum eingreifen und von dem er nicht profitieren kann, z.B. durch Steuereinnahmen.

#### Über die NAS-CPA

Die NAS-CPA ist die suchtpolitische Informations-, Vernetzungs- und Koordinationsdrehscheibe, in der Erfahrungen, Erkenntnisse, Fragen und Problemstellungen zum Thema Sucht eingebracht werden und ein Dialog zwischen Fachverbänden, der Gesellschaft und der Politik realisiert wird. In der NAS-CPA sind knapp 30 Organisationen vereinigt, darunter auch pharmaSuisse. Als Drehscheibe zwischen Fachverbänden, Gesellschaft und Politik führt sie Debatten über die Resultate der fachlichen Arbeit mit breiten Kreisen der Gesellschaft, die mit der Thematik in Berührung kommen. Aus dieser Arbeit heraus formuliert die NAS-CPA Positionen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie die Rechte des Individuums ebenso wie gesellschaftliche Bedürfnisse respektieren, auf sachorientierten Überlegungen gründen und einen gangbaren Weg zwischen Ideologien und Extrempositionen aufzeigen.

*Aus welchem Grund steht die NAS-CPA für Modelle vom Typ «Entkriminalisierung» und «Reglementierung/Legalisierung» ein?*

Die Mitgliederorganisationen der NAS-CPA sind zum Schluss gekommen, dass Modelle der Marktregulierung aus dem Bereich Entkriminalisierung, oder, was wir für noch geeigneter halten, Reglementierung/Legalisierung, die besten Lösungsansätze für unsere suchtpolitischen Ziele bieten. Es ist ganz wichtig zu betonen, dass die NAS-CPA keine unregulierte, freie Verkäuflichkeit aller psychoaktiven Substanzen möchte. Im Falle einer Entkriminalisierung des Konsums ist zwar der Handel weiterhin verboten, der Konsum, die dazugehörigen Vorbereitungshandlungen, der Besitz sowie der Anbau werden jedoch unter bestimmten Bedingungen nicht juristisch verfolgt. Im Rahmen der Legalisierung bzw. Reglementierung sind Besitz und Konsum einer Substanz grundsätzlich erlaubt (wobei es zusätzliche Einschränkungen geben kann, z.B. in Bezug auf das Alter der Konsumierenden oder die Orte, wo konsumiert werden darf). Produktion und Vertrieb können weiterhin vom Staat kontrolliert und Gesetzen unterworfen werden. Ein solches Modell ist heute z.B. bereits beim Alkohol in Kraft.

Aus der Sicht der NAS-CPA muss geprüft werden, für welche psychoaktive Substanz (für Cannabis, aber auch darüber hinaus) eine Reglementierung/Legalisierung eine Verbesserung im Vergleich

zur heutigen Situation mit sich bringen würde. Aus unserer Perspektive könnten einige Vorteile eintreten: Durch eine staatlich kontrollierte Abgabe kann die Qualität der Substanzen kontrolliert werden, es gibt weniger Gesundheitsschäden bei Konsumierenden. Die Aufhebung des absoluten Illegalstatus führt dazu, dass Konsumierende weniger gesellschaftlich marginalisiert werden und besser erreichbar sind für Beratungsangebote. Die Sicherheit im öffentlichen Raum wird durch die Zurückdrängung des Strassenhandels (durch das staatliche Angebot) erhöht und die Sichtbarkeit des Drogenhandels und -konsums nimmt ab, weil der Verkauf z.B. in lizenzierten Geschäften und der Konsum z.B. in Konsumentenclubs stattfinden. Durch staatliche Verkaufsmonopole erhalten die Profiteure des Schwarzmarkts (z.B. das organisierte Verbrechen) weniger Einnahmen, stattdessen können Steuereinnahmen generiert werden. Zudem können Ressourcen, die bei der polizeilichen und justiziellen Verfolgung erwachsener Konsumierender und Händler eingespart werden, an anderer Stelle eingesetzt werden, z.B. beim Jugendschutz.

*Welche neuen Lösungen und Pilotprojekte ist die NAS-CPA bereit, zu unterstützen?*

Die NAS-CPA unterstützt alle Pilotprojekte, die sich im Spektrum von Entkriminalisierung oder Reglementierung/Legalisierung bewegen, wie sie oben beschrieben wurden. Wichtig ist ausserdem, dass die Projekte ihrem «Pilot»-Charakter wirklich gerecht werden, indem sie Meilensteine definieren, an denen der Erfolg des Vorhabens gemessen, Bilanz gezogen wird und gegebenenfalls Anpassungen an den eingerichteten Regelungen vorgenommen werden. So wird sichergestellt, dass das Pilotprojekt verantwortungsvoll und evidenzbasiert durchgeführt wird.

*In Uruguay hat sich die Regierung für ein Modell «Reglementierung/Legalisierung» entschieden indem sie namentlich die Apotheken autorisiert, Cannabis zum Gebrauch als Genussmittel zu verkaufen: was halten Sie davon? Handelt es sich um eine Lösung, die auf die Schweiz übertragbar wäre?*

Art. 19b Abs. 1 des Betäubungsmittelgesetzes sieht vor, dass Personen, die nur

Eine Suchtpolitik im Sinne der Nationalen Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik NAS-CPA respektiert suchtmittelkonsumierende Menschen als Bürger und Bürgerinnen mit Rechten und Pflichten. Sie orientiert sich am effektiven Gefährdungsgrad von Suchtmitteln und Suchtverhalten für Individuum und Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, menschliches Leid und gefährdendes Verhalten zu verhindern und zu vermindern. Dies wird durch ein breites Instrumentarium von verhältnismässigen, differenzierten, gezielten und wirksamen Massnahmen erreicht.

Webseite: [www.nas-cpa.ch](http://www.nas-cpa.ch)



eine geringfügige Menge eines Betäubungsmittels (10 Gramm bei Cannabis) für den eigenen Konsum vorbereiten oder zur Ermöglichung des gleichzeitigen und gemeinsamen Konsums einer Person von mehr als 18 Jahren unentgeltlich abgeben, sich nicht strafbar machen. Auf dieser Grundlage könnte man Anbau und Konsum für den eigenen Bedarf in Konsumentenclubs (wie z.B. im Genfer Modell vorgesehen) ermöglichen. Für einen Vertrieb z.B. über die Apotheken oder über staatliche lizenzierte Geschäfte wäre sicher eine Änderung des Betäubungsmittel-

gesetzes notwendig. Ausserdem müssten Regeln für die Qualitätskontrolle der vertriebenen Substanzen und für die Abgabe an die Konsumierenden (wer kann was erwerben, wann, wie oft?) definiert werden. Und man müsste begleitende Präventionsmassnahmen und Massnahmen zur Schadensminderung einrichten (was sind Anzeichen, die auf einen problematischen Konsum hinweisen, mit welchen Konsumierenden sucht man das Gespräch, wem sollten zwecks Schadensminderung welche alternativen Konsummuster vorgeschlagen werden?). Theore-

tisch wären die Apotheken mit ihrer Erfahrung mit Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen (z.B. im Hinblick auf Schmerzpatienten, Alkoholranke, Methadonbezügler) wahrscheinlich ein geeigneter Vertriebskanal für die Abgabe von staatlich lizenziertem Cannabis aus kontrolliertem Anbau. Allerdings müsste man entsprechende Pilotversuche abwarten, um diese Frage abschliessend beurteilen zu können. ■

Interview: Thierry Philbet

### Interview de Marina Carobbio, présidente de la Coordination politique des addictions (NAS-CPA)

## «La Suisse n'est plus un pays pionnier en matière de politique des addictions»

**Plateforme d'information entre politique, société civile et associations professionnelles, la Coordination politique des addictions (NAS-CPA) veille à ce que les débats sur la question des addictions ne soient pas uniquement polarisés par des positions idéologiques et extrémistes. Elle vient d'adopter une position générale «Régulation du marché en matière de politique des drogues». Interview de sa présidente, la Conseillère nationale Marina Carobbio.**

*La Suisse a été un pays pionnier en matière de politique de drogues. Est-ce toujours le cas?*

**Marina Carobbio:** La force de la politique suisse est de régulièrement adopter – certes avec beaucoup de retard – des

concepts qui ont fait leurs preuves au niveau local. Il en a ainsi été avec l'ancrage dans la loi de la politique des quatre piliers incluant des mesures de réduction des risques. A l'époque, cette façon de procéder a permis à la Suisse d'occuper au niveau international une position

d'avant-garde en matière de politique des addictions. Ce n'est plus le cas aujourd'hui. Grâce à la politique des quatre piliers, nous ne disposons certes plus de scène ouverte de la drogue. En revanche, d'autres problèmes majeurs subsistent avec la politique actuelle d'interdiction. Les projets pilotes de durée limitée mis en place par les villes pour étudier des alternatives à l'interdiction du cannabis vont donc dans la bonne direction.

*Où se situe actuellement la Suisse sur le plan de la réglementation en matière de stupéfiants illicites?*

Avec la loi sur les stupéfiants actuellement en vigueur, la Suisse se situe entre l'interdiction par l'Etat et la décriminalisation. Dans notre pays, la consommation de stupéfiants est en principe interdite. Avec la procédure relative aux amendes d'ordre, la consommation de cannabis par un adulte peut être sanctionnée d'une amende d'ordre (CHF 100.-) au lieu d'une dénonciation en justice. La quantité minimale de 10 grammes ne doit toutefois pas être dépassée. La possession de stupéfiants est également interdite. Il existe toutefois des dispositions décriminalisantes: ainsi, n'est pas punissable celui qui se borne à posséder des stupéfiants en quantité minimale pour sa propre consommation ou pour permettre à des tiers de plus de 18 ans d'en consommer simultanément en commun. Mais la

### Lutte contre les addictions: le rôle des pharmaciens

Comment les pharmaciens suisses peuvent-ils soutenir de façon encore plus efficace la politique des quatre piliers de la Confédération, en particulier dans les piliers «Prévention», «Thérapie» et «Réduction des risques»? Réponse de la présidente de la NAS-CPA:

«Dans le domaine de la prévention, les pharmaciens peuvent être attentifs au comportement d'achat de leurs clients pour déceler éventuellement une consommation problématique par exemple de sirops contre la toux contenant de l'alcool ou d'analgésiques et de somnifères. Ils doivent également prêter attention à l'état de santé et au comportement de consommation des bénéficiaires de traitements de substitution comme la méthadone. Dans le cadre des compétences étendues en matière d'annonce (art. 3c de la loi révisée sur les stupéfiants), le personnel des pharmacies peut aussi annoncer aux institutions de traitement ou aux services d'aide sociale compétents les cas de personnes souffrant de troubles liés à l'addiction ou présentant des risques de troubles.

De façon générale, le personnel des pharmacies et leur association faitière peuvent contribuer au développement de concepts et de solutions largement acceptés par la société et les professionnels en discutant au sein de leur association de questions relatives à la politique des addictions. Sur cette base, ils peuvent partager leurs connaissances par exemple sur les aspects pharmacologiques de l'addiction, prendre part au processus politique au sein de sociétés faitières comme la NAS-CPA et participer aux procédures de consultation, etc. La politique des addictions peut aussi être thématisée dans les publications internes afin de sensibiliser les pharmaciens à cette question. Cette interview en est un exemple.»

culture, la fabrication, ainsi que le commerce – y compris l'importation – de stupéfiants sont interdits. La Confédération peut toutefois dispenser des autorisations exceptionnelles pour la recherche, le développement de médicaments ou une application médicale limitée.

*Qu'est-ce qui a incité la NAS-CPA à publier une position générale sur la régulation du marché en matière de politique des drogues?*

Plusieurs aspects au niveau national et international nous ont incités à publier une telle position générale. Au niveau international, nous avons constaté que la guerre contre la drogue était vouée à l'échec, que la politique d'interdiction touchait à ses limites et que certains pays poursuivaient d'autres voies dans la régulation des substances psychotropes. L'Espagne a par exemple mis en place des «Cannabis social clubs», tandis que les États américains de Washington et du Colorado ont introduit des systèmes de licence pour la production légale et le commerce de cannabis. En Suisse, le rapport «Défi addictions» de 2010 dépeint la situation actuelle dans les piliers «Prévention» et «Réduction des risques», mais néglige le pilier «Répression et régulation du marché». Nous avons donc voulu combler cette lacune, d'autant plus que certains défis ne sont pas résolus avec la politique actuelle d'interdiction. Par

chance, la Suisse ne connaît pas de guerre sanglante entre les cartels de la drogue. Mais le trafic de drogues est omniprésent dans la rue. Pour sanctionner les adultes qui consomment du cannabis et pour poursuivre les dealers de rue, la police et la justice doivent investir énormément de ressources qui leur manquent ensuite pour la protection de la jeunesse par exemple. La demande de substances psychoactives ne baisse pas auprès de personnes qui ne se soucient aucunement de leur statut légal ou illégal. Les produits «coupés» ou la teneur fluctuante en principes actifs portent par ailleurs préjudice à la santé des consommateurs. Enfin, nous sommes confrontés à un marché noir massif dans lequel l'État ne peut pas intervenir et dont il ne peut pas profiter à travers des rentrées fiscales par exemple.

*Pour quelles raisons la NAS-CPA recommande-t-elle des modèles de type «Décriminalisation» et «Réglementation/Légalisation»?*

Les organisations membres de la NAS-CPA pensent que les modèles de régulation du marché dans le pilier «Décriminalisation», ou encore mieux dans le pilier «Réglementation/Légalisation», sont le meilleur moyen d'atteindre nos objectifs en matière de politique des addictions. Il est important de souligner que la NAS-CPA n'est pas favorable à la vente libre et non réglementée de toutes les substances

psychoactives. Dans le cas d'une décriminalisation de la consommation, le trafic reste d'ailleurs interdit, mais la consommation, les préparatifs liés à celle-ci, la possession ainsi que la culture ne font pas l'objet de poursuites judiciaires dans certaines conditions. Dans le cadre de la légalisation ou de la réglementation, la possession et la consommation d'une substance sont admis en principe. Des restrictions supplémentaires restent toutefois envisageables, par exemple par rapport à l'âge des consommateurs ou aux lieux où la consommation est autorisée. La production et la distribution peuvent rester contrôlées par l'État et soumises à des lois. Un tel modèle s'applique par exemple aujourd'hui à l'alcool.

D'après la NAS-CPA, il faut étudier pour quelles substances psychoactives – par exemple cannabis et autres – une réglementation/légalisation apporterait une amélioration par rapport à la situation actuelle. A notre avis, elle pourrait apporter plusieurs avantages: une remise contrôlée permettrait de contrôler la qualité des substances et donc de réduire les effets nocifs pour la santé des consommateurs. La suppression du statut illégal permettrait de sortir les consommateurs de leur marginalisation et de les atteindre plus facilement pour des prestations de conseils. La sécurité dans l'espace public serait améliorée grâce à l'éradication du trafic de rue – en raison de l'offre étatique – et la visibilité du commerce et de la consommation de drogues diminuerait puisque la vente s'effectuerait par exemple dans des établissements licenciés et la consommation dans des clubs. A travers les monopoles de vente étatiques, les profiteurs du marché noir – par exemple le crime organisé – réaliseraient moins de recettes. En revanche, les rentrées fiscales augmenteraient. En outre, les ressources dont la police et la justice n'auraient pas besoin pour poursuivre les consommateurs et les distributeurs adultes pourraient être utilisées à d'autres fins, comme la protection de la jeunesse par exemple.

*Quelles nouvelles solutions et projets pilotes la NAS-CPA est-elle prête à soutenir?*

La NAS-CPA soutient tous les projets pilotes qui prévoient une dépenalisation ou une réglementation/légalisation telle que décrite plus haut. Il est aussi important

#### La NAS-CPA

La NAS-CPA est une plateforme d'information, de mise en œuvre et de coordination en matière de politique des dépendances. Des expériences, des informations et des questions sur le thème des dépendances y sont rassemblées et un dialogue entre les associations professionnelles, la société civile et les milieux politiques y est réalisé. Près de 30 organisations, parmi lesquelles figurent pharmaSuisse, sont regroupées au sein de la NAS-CPA. Plateforme d'information entre politique, société civile et associations professionnelles, elle anime des débats fondés sur les résultats du travail de terrain avec les différents cercles concernés de près ou de loin par la problématique. La NAS-CPA formule ensuite des prises de position sur la base de ce travail. Des positions qui respectent à la fois les droits de l'individu et les besoins de la société, des positions fondées sur des constats concrets et des positions cherchant un équilibre entre des partis pris extrêmes.

Pour la NAS-CPA, la politique des addictions doit respecter et soutenir les consommateurs de substances psychoactives, les considérer comme des citoyens avec des droits et des devoirs tout en tenant compte des besoins de sécurité et de protection de toute société. Elle doit prendre en considération le degré de dangerosité pour l'individu et la société. Le degré de dangerosité dépend de la substance consommée, du mode et du contexte de consommation ainsi que de l'attitude et du développement de l'individu. L'objectif de cette politique est d'empêcher ou de limiter la souffrance et les comportements dangereux. Il peut être atteint grâce à une large palette de mesures proportionnées, différenciées, ciblées et efficaces.

Site internet: [www.nas-cpa.ch](http://www.nas-cpa.ch)





Marina Carobbio: «Une remise contrôlée permettrait de contrôler la qualité des substances et donc de réduire les effets nocifs pour la santé des consommateurs».

que les projets conservent leur caractère «pilote» et posent des jalons qui permettent ensuite de mesurer la réussite du projet, de tirer un bilan et d'adapter éventuellement les mesures mises en place pour ces pilotes. Ceci permet de s'assurer que le projet pilote est réalisé de façon à la fois responsable et basée sur les évidences.

*En Uruguay, le gouvernement a opté pour un modèle «Réglementation/Légalisation» en autorisant notamment les pharmacies à vendre du*

*cannabis à usage récréatif. Qu'en pensez-vous? Est-ce une solution transposable en Suisse?*

D'après l'art. 19b al. 1 de la loi sur les stupéfiants, «celui qui se borne à préparer des stupéfiants en quantités minimales (10 grammes de cannabis), pour sa propre consommation ou pour permettre à des tiers de plus de 18 ans d'en consommer simultanément en commun après leur en avoir fourni gratuitement, n'est pas punissable». A partir de là, il serait possible d'autoriser la culture et la consommation

pour ses besoins personnels dans des clubs spéciaux, comme le prévoit par exemple le modèle genevois. Pour la commercialisation dans les pharmacies ou des établissements approuvés par l'Etat, il faudrait certainement modifier la loi sur les stupéfiants et définir des règles pour le contrôle de la qualité des substances commercialisées et la remise aux consommateurs: qui peut acheter quoi, quand, à quelle fréquence? Il faudrait aussi instaurer des mesures de prévention et de réduction des risques: quels sont les signes qui suggèrent une consommation problématique, avec quels consommateurs faut-il chercher le dialogue, à qui faudrait-il proposer des alternatives pour réduire les risques? Du fait de leur expérience avec la remise de stupéfiants et de substances psychotropes – par exemple aux patients souffrant de douleurs, aux alcooliques, aux personnes bénéficiant d'un traitement de substitution à la méthadone –, les pharmacies seraient en théorie qualifiées pour remettre du cannabis provenant de culture contrôlée et approuvée par les autorités fédérales. Il faudrait toutefois attendre les résultats de projets pilotes avant de se prononcer définitivement sur cette question. ■

Interview: Thierry Philbet